

# Arbeiterpolitik

Jahrgang Nr. 17

Stuttgart, den 7. September 1955

30 Pfennig

## Der Knall in Hamburg und Kassel

Sowohl im Arbeiter- wie im Unternehmerlager die schlummernden aufgeschreckt. Jene Sorte Huren, die ihren Körper auf der Straße, sondern für Geld auf Zeitungspapier prostituieren, haben zunächst den Bolschewistenschreck losgelassen, aber dann rasch bemerkt, daß man ihnen den bekannten Schalter nicht mehr abnimmt. Während diese ehrbare als „deutsche Wirtschaftswunder“ und seine Nutzen nicht genug herausstreichen kann und in ihren Werbungstillustrierten und Schundfilmen eine aufreizende Verherrlichung des Luxus der Müßiggänger betreibt, ist sie für die Realitäten des „Mannes auf der Straße“ von einer sonderbaren Blindheit.

Es ist bezeichnend genug, daß die Gesamtheit dieser „deutschen Presse“ schamhaft unterschlägt, was für die Auslösung der „wilden Streiks“ von weit ausschlaggebender Bedeutung war als sämtliche Flugblätter und gute Absichten der KPD: die gerade in der zweiten Augusthälfte in häufenden Mietenerhöhungen für Altbauwohner, unbekanntlich vor kurzem den parlamentarischen Segen erhalten haben. Schwarz auf weiß flatterten die entsetzenden Ankündigungen der Hausbesitzer herein, die Verteuerung des Lebens, die sich nicht nach und nach abmildern macht wie die diversen Preissteigerungen, sondern schlagartig in erheblichen Beträgen den Geldbeutel des Arbeiters trifft. Und ebenso schlagartig entlud sich die aufg gespeicherte Groll, wo niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen sowieso schon genügend Grund waren, einmal Fraktur zu reden.

Diese, auf der flachen Hand liegenden Ursachen der Unzufriedenheit und Erbitterung der Arbeiter — es hat häufig Teilstreiks in verschiedenen Gegenden der Bundesrepublik gegeben, worunter solche der Bauarbeiter, Metallarbeiter usw. — beweisen zur Genüge die Albernheit des Gagackers von der kommunistischen Verführung. Es kommt hinzu, daß die Hochkonjunktur den Lohnforderungen einen dermaßen günstigen Boden geschaffen hat, daß selbst rückständige Elemente der Arbeiterschaft eine größere agitatorische Unkosten kapieren, daß diese Unkosten ausgenutzt werden muß. Der Arbeiter-, besonders Facharbeitermangel, ist so groß, daß in Hamburg verspernte Werfkumpels vor den Docks von anderen Firmen weggeworben wurden, daß nordrhein-westfälische Unternehmer streikende Eisarkelfer aus Niedersachsen zu höheren Löhnen einstellten und per Autobus transportieren ließen. An die Stelle der Konkurrenz der Arbeiter um den Arbeitsplatz ist weitgehend die Konkurrenz der Unternehmer um die Arbeitskräfte getreten, und daß die ausgesprochene oder unausgesprochene Drohung mit Stellenwechsel eine ungewöhnlich nachgiebige Haltung der Betriebsleitungen erzeugt hat. Jeder Unternehmer will die Konjunktur voll ausschöpfen, und er hat genügend Spielraum, ein paar Pfennig zuzulegen.

Ein Blick auf die Entwicklung von Produktion, Produktivität und Löhnen zeigt, daß in den letzten Jahren die Unternehmer den Löwenanteil des erzeugten Reichtums an sich geziehen haben. Hand in Hand mit der starken Erweiterung von Produktion und Produktivität bei

kaum sinkenden industriellen Erzeugerpreisen ging ein jährlich immer geringer werdender Löhnezuwachs.

	1952/51	1953/52	1954/53	1955/54
Jährlicher Zuwachs der industriellen Produktion (Januar—April) in %	5,0	8,3	9,4	15,3
Zuwachs der Produktivität oder des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde in %	4,8	5,9	5,7	8,6 (1. Viertel)
Steigerung des durchschnittl. Bruttostundenverdienstes aller Gewerbezweige in %	7,7	4,3	2,3	4,6 (1. Viertel)

Im vergangenen Jahr war die Zuwachsrate der westdeutschen Industrielöhne im Jahresdurchschnitt die niedrigste seit der Währungsreform, während Produktion und Produktivität sehr stark angestiegen sind. Das sprunghafte Ansteigen der Produktion und besonders der Produktivität in diesem Jahre zeigt an, daß die mächtig vorangetriebene Rationalisierung jetzt wirksam wird und zu einem starken Anschwellen des Ausstoßes führt. Da die Preise nicht nachgegeben haben, kommt es zu einem lawinenartigen Anwachsen der Profite.

Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte, die Steigerung der Produktivität ist in den verschiedenen Produktionszweigen verschieden groß gewesen. Besonders stark ist das Auseinanderklaffen zwischen vorschwellender Produktivität und zurückbleibenden Löhnen gerade in den Branchen, in denen die berühmten hohen Löhne gezahlt werden, nämlich in der Metallindustrie. Im Durchschnitt der westdeutschen Industrie stieg zwischen 1949 und 1954 der Bruttostundenverdienst um 29,9%, die Produktivität um 45,6%. Aber in der metallverarbeitenden Industrie, in der in diesem Zeitraum der Bruttostundenverdienst um 40,2% gestiegen war, erfolgte eine Steigerung der Produktivität um 60,5%! Wie klar ersichtlich ist, sind die hochbezahlten Facharbeiter der Metallindustrie schlechter dran als der Durchschnitt aller Gewerbezweige, was auch die Antwort an die Herren ist, die sich auftragen, daß die bezahlten Arbeiter die größten Lohnforderungen stellen. Wie immer geht bei sonst gleichen Bedingungen besserer Lohn parallel mit verschärfter Ausbeutung.

Die wirtschaftliche Lage weist alle Merkmale einer Bereicherungsorgie des Kapitals auf. Und wann kann man gewerkschaftliche Erfolge erzielen, wenn nicht in einer solchen Zeit? Die Lohnbewegung der Metallarbeiter begann wie im vorigen Jahre in Baden-Württemberg. Wirtschaftlich steht es hier noch günstiger als im Durchschnitt der Bundesrepublik, für die Zeit vom ersten Viertel des Jahres 1954 zum ersten Viertel des Jahres 1955 berechnete die IG Metall in der baden-württembergischen Metallindustrie eine Steigerung der Produktivität von nicht weniger als 15,7%! Die gewerkschaftliche Forderung in Nordbaden/Nordwürttemberg war mit 10% bzw. 10,4 Pfg. auf den Ecklohn angesetzt worden. Nachdem die Verhandlungen am 9. August bei einem Unternehmerangebot von 7 Pfg. scheiterten, riefen die Metallindustriellen die Schlichtsstelle an. Diese brütete aus: 10 Pfg. für die

Zeitlöhner, 11 Pfg. für Akkordarbeiter, Kündigungstermin 30. September 1953. Die große Tarifkommission kam nach langen Beratungen mit etwa Fünf-Sechstel-Mehrheit zum Ergebnis, das Angebot anzunehmen. In einer Betriebsratsvorsitzendenkonferenz am 17. August wurde nach ausführlicher Diskussion bei ungefähr 200 Anwesenden das Angebot gleichfalls gegen 12 Stimmen bei 7 Enthaltungen gebilligt.

Vergleicht man die nordbaden-nordwürttembergische Lohnbewegung 1954 mit der vor 1955, die großartige vorjährige Aufrüttelung und Mobilisierung mit der kaum in Gang gekommenen Vorbereitungskampagne von diesmal, so wäre man geneigt, eine gewisse Lahnheit und Müdigkeit bei den verantwortlichen Funktionären zu unterstellen. Es ist richtig, daß die Lohnbewegung 1955 keinen Vergleich mit der des vergangenen Jahres aushält. Im Vorjahr erschienen 16, diesmal nur 4 Flugblätter, was ein recht grober, aber dennoch zutreffender Maßstab für die Tiefe und Breite der ersteren, die Kürze und Unentwickeltheit der letzten Lohnbewegung ist. Es muß jedoch beachtet werden, daß es nicht allein vom guten Willen der leitenden Funktionäre abhängt, ob und inwieweit eine Lohnbewegung vorangetrieben werden kann. Es war die geschickte und gegenüber 1954 total veränderte Unternehmertaktik, die den Ausschlag gab. Die Versteifung und Knarsigkeit der Metallindustriellen bot 1954 die Möglichkeit, die Bewegung breit voranzutreiben. 1954 wurden 8% oder 12 Pfg. gefordert. Die Unternehmer, die anfänglich überhaupt nichts geben wollten, operierten selbst nach dem Beginn der breiten gewerkschaftlichen Aufrüttelung mit 2 Pfg. für die Akkord- und 3 Pfg. für die Zeitlöhner. Nach und nach rutschten sie auf 6 und 4 Pfg. hinauf, bei der Urabstimmung war ihr „letztes Angebot“ 7 und 5 Pfg.

In der Lohnbewegung 1953 erklärten die Unternehmer im voraus, sie seien gewillt zu zahlen und boten 7 Pfg., was als ungenügend abgelehnt wurde. Wäre es dabei geblieben, so wäre es zweifellos zu einem Lohnkampf im Stile des Jahres 1954 gekommen. Aber der 13-Pfg.-Vorschlag der Schlichtungsstelle bedeutete die Erfüllung von zwei Drittel der Gewerkschaftsforderung und verminderte die Spanne zwischen Angebot und verlangter Erhöhung schlagartig, ohne daß es bis dahin zu einer größeren Mobilisierung der Metallarbeiter gekommen war oder kommen konnte. Außerdem wurden in und vor der Lohnbewegung von den Unternehmern bedeutende individuelle Zugeständnisse gemacht, was eine aufsplittende Wirkung auf die Arbeiterfront haben mußte. In verschiedenen Betrieben wurden 10–15 Pfg. Zulage schon vor der Lohnbewegung gegeben, was bisher noch nie zu verzeichnen gewesen ist, da ja die tarifliche Erhöhungen später noch zugeschlagen werden müssen. Die große Tarifkommission stand vor der heiklen Frage, ob es genügend Durchschlagskraft für einen Streik gab, dem unter den dargestellten Umständen erstens noch gar keine gründliche Vorbereitung und Aufrüttelung vorangehen konnte und bei dem, zweitens, die strittige Spanne auf ein Drittel der ursprünglichen Forderung abgesunken war. Die Tarifkommission hat sich entschieden, unter diesen Umständen anzunehmen, sie war nicht sicher eine erdrückende Mehrheit in einer Urabstimmung für den Streik zu finden.

Es ist wichtig, dies festzustellen, weil die Vorgänge in Hamburg und Kassel ganz anders liegen und die spontanen Streiks die Frage, ob Kampfwille da ist oder nicht, völlig eindeutig geklärt haben. Kassel ist seit vielen Jahrzehnten eine sozialdemokratische Hochburg, das Gerado von der „kommunistischen Anzettelung“ des Streiks ist reinster Blödsinn. Bei Henschel gibt es zwar einige KPD-Funktionäre, die bei ihren Kollegen Sympathie genießen, jedoch hatte die KPD nicht den geringsten Einfluß auf den Streik. In der Streikleitung waren SPD-Mitglieder und IG Metall-Kollegen. Wie in Hamburg waren es schlecht Lohns, Kassen um neuangelegte Lohngruppen usw., die zusammen mit den Mietererhöhungen den An-

laß des spontanen Streiks bilanziert. Der Unterschied zwischen Hamburg und Kassel ist, daß der „Widder“ in Hamburg (vorüber an anderer Stelle näher besprochen) vornehmlich von Unorganisierten getragen wurde, in Kassel dagegen von Gewerkschaftskollegen. Diese Tatsache zwang in Kassel sehr rasch zu einem Kongress ohne Maßregelungen und „Johns Besiegte“. Henschel sprach offiziell zwei Streiktage zu bezahlen, stillschweigend ist man übereingekommen, daß alle bezahlt werden sollen. Die Firma will eine „gerechte soziale Lösung“ finden, was freilich noch nichts besagt, aber fast steinert die Henschel-Arbeiter mit gesteihtem Rückgrat zur Kraftprobe hervorgegangen sind und jetzt im Beirrat die Durchsetzung ihrer Forderungen gehen.

Die wirklich wichtige Frage, die von den spontanen Streiks aufgeworfen worden ist, das ist die heutige Einstellung der Gewerkschaften zu Lohnkämpfen. Es hat in Hamburg und Kassel zum demoralisierenden und unwürdigen Schauspiel gekommen, daß Spitzenfunktionäre der IG Metall zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen, also praktisch mit den Unternehmern in der Front gegen die Arbeiter standen, und dafür völlig recht von den Streikenden ausgepöfcht und niederschrien worden sind. Die Ursache dieses höchst blamablen Verhaltens der Vertreter der „radikalsten“ Gewerkschaft ist der untertänige Gehorsam, mit dem sie an die „Tariffreue“ kleben. Ein von ihnen unterschriebenes Stillschließungspapier ist ihnen Gesetz. Was draußen, im Leben, passiert hat sich solchen historischen Dokumenten zu unterwerfen, andernfalls es vom Bannfluch getroffen wird, eine sorgsame Abwicklung der Verhandlungen, die heilige Ordnung St. Bürokratieus zu „stören“.

Wir sind gewiß nicht der Meinung, daß man eine Lohnbewegung mit dem Schlägerrezept: „Soviel gefordert — keinen Pfennig weniger!“ führen kann. Solche Albernheiten überläßt man am besten gewissen auchradikalen Hohlköpfen, die damit alles kaputt bekommen haben, was sie anfaßten. Aber das Gegenteil, die sture Paragraphenreiterei der Tarifjuristen, ist nicht minder borniert und schädlich. Tarife sind Waffenstillstandsverträge, die ein bestimmtes Kräfteverhältnis unterstellen und bei seiner Aenderung gegenstandslos werden. Wer da ein Papier klebt, merkt nicht, daß der Ast abgesägt wird, auf dem er sitzt. Eine Lohnbewegung zweckmäßig geführt heißt genau die beiden Faktoren in Rechnung stellen, von denen sie abhängt: den objektiven und den subjektiven. Objektiv ist die wirtschaftliche Lage — Stand der Konjunktur, Höhe der Profite usw. — maßgeblich, sie bestimmt, ob die Unternehmer zahlen können, ob ihr Widerstand stark oder schwach sein wird. Subjektiv ist entscheidend, in welchem Maße mit Kampfwillen und Durchhalten der Arbeiter gerechnet werden kann, ob die Arbeiterfront zersplittert oder einheitlich, gewerkschaftlich geschlossen oder nur schwach organisiert ist.

Es liegt auf der Hand, daß die wirtschaftliche Lage heute einer Lohnbewegung so günstig wie nur möglich ist. Andererseits zeigen die spontanen Streiks in Hamburg, Kassel und an anderen Orten, daß sich in den Betrieben ein Kampfwille entwickelt hat, der der entscheidende Trumpf jeder gewerkschaftlichen Aktion ist. Unter solchen Umständen sich als Gewerkschaftsfunktionär vor die Belegschaften stellen und ihnen verklemmen, daß laut Betriebsverfassungsgesetz und Tarifvertrag Hörsch, brav wieder einspacken müsse, ist nur ganz und gar verkalkültes Aposteln des sozialen Friedens und sozialer Parteilichkeit möglich. Sie hätten dies getrost ablehnen und den Unternehmern erklären können, daß ihre — der Unternehmer — Widerborstigkeit die spontanen Streiks ausgelöst habe und daß es heißt: zahlen oder betreten werden. Haben denn die Unternehmer nicht gewußt, daß die von ihrem Bundesrat beschlossenen Mietererhöhungen die Arbeiter schwer treffen? Aber die Unternehmer spekulieren ja gerade auf die gewerkschaftliche Tarifreue, weil sie Ihnen zwei Elfen mit einem Schilde sichern: erstens Garantie des Lohnniveaus bis zum näch-

...stern, zweitens, daß sich die Erbitterung gegen die Gewerkschaft richtet, die als Hauptkämpfer erscheint statt als sein Motor.

Die Tatsachen betrieft, hat die Entwicklung wie in Kassel die Gewerkschaftsspitzen bis zum blamieren, die sich zuerst breitspurig vorwärtigen und zum Abbruch des Streiks aufbauen als Resultat der verpönten „wildem“ Streik, man plötzlich die ganze Tariffrage lassen, in Hamburg die Verhandlungen umsetzen, wobei es sehr rasch zu Lohnerhöhungen von 11-15 Pfg. kam; in Kassel wäre der Tarif für das nächste Jahre fällig gewesen, worum sich niemand mehr scherte. Die Unternehmer haben sich nach den Gegebenheiten des außerparlamentarischen Drucks gebeugt, nur die IG Metall steht in den Augen der Arbeiter, denn ohne die spontanen Streiks wäre die IG Metall im Schlafe eingefallen.

Die IG Metall, besonders in Hamburg, richtig wäre ein heilsamer und wünschenswerter Einbruch in die Reihen der Unorganisierten erfolgt. Sie hätten gesehen, daß ihre Lohninteressen am besten durch den Kampf im Rahmen der IG Metall wahrgenommen werden. So aber konnten sich die Wertgewaltigen durch schrittweises Neueinstellen der Ausgeworbenen ihre Betriebe von den kämpfwilligsten Elementen zu trennen, vor allem aber findet die Erbitterung der Unorganisierten gegen die „Bonzen“, und d. h. praktisch gegen die IG Metall, neue Nahrung. Statt im Kampf zwischen Organisierten und Unorganisierten zu bestehen, wurde sie erweitert, wovon nur die Unternehmer profitieren. Bedenkt man, daß auf den Hamburger Streik nur ein Viertel bis ein Drittel der Arbeiter organisiert ist, so zeigt sich die große Gefahr. Wie die Gesellschaft aussieht, die da in den Hamburger Gewerkschaften herrscht, ist, zeigt folgendes Geschreibsel im „Wochenblatt“ der SPD vom 2. September, dessen Verfasser als „Hamburger Werkspezialist“ genannt wird:

„Ganz anders lagen aber die Dinge zuletzt in Hamburg. Hier ist der Streik von einer Anzahl Schreibhelfer initiiert worden, die eine überwältigende Mehrheit zweier Werksbelegschaften in den Ausstand hineingehandelt haben. Das ist ein Unding und kann nicht genug verurteilt werden. Es ist allerdings auch völlig unverständlich, daß Belegschaften, deren Mitglieder größtenteils gewerkschaftlich organisiert sind, es wagen, wenn Gewerkschaftsvertreter, die die Situation sichtlich erklären wollen, in den Versammlungen von einer randstehenden Minderheit niedergedrückt werden.“

Das magt ein Kerl zu schreiben, der ein paar Zeilen über selbst zugibt:

„Niemand hätte die Drahtzieher, die diese Arbeitseinstellung veranlaßt haben, ihr Ziel erreicht, wenn nicht die Unzufriedenheit auch unter dem gemäßigteren Teil der Arbeiterschaft bereits einen Grad erreicht hätte, der sich vielleicht früher oder später auf eine weit spürbarere Weise Luft verschaffen wird, wenn Regierungsmaßnahmen, auf deren Inkraftsetzung die Gewerkschaften seit langem drängen, nicht bald verwirklicht werden.“

Also: recht habt ihr, aber kämpfen dürft ihr nicht! Das ist in der Tat die ganze Weisheit der heutigen Führung der deutschen Arbeiterbewegung.

Es gibt bekanntlich ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm, in dem u. a. die 40-Stundenwoche figuriert, was, der diese Forderung ernsthaft betrachtet, weiß, wie sie nur bei einer gewaltig gesteigerten Kampfkraft der Arbeiter durchgesetzt werden kann. Arbeitszeitverlängerungen sind nicht nur die höchsten und wichtigsten Forderungen, die die Arbeiterschaft unter kapitalistischen Verhältnissen stellen kann, sie sind auch am schwersten zu erzwingen, da der Widerstand am größten ist. Es ist ein sonderbarer Widerspruch, wieviel und wie oft von

den Spitzenfunktionären über die 40-Stundenwoche geredet wird, während sie schon bei einer wehrlosmäßig viel leichter durchzusetzenden Sache wie den spontanen Streiks in Frontstellung gegen die kämpfgewilligen Arbeiter geraten. Wir sind gewiß die Letzten, die gegen die Forderung der 40-Stundenwoche sind, aber sie muß in Einklang stehen mit den Tageskämpfen der Arbeiter. Wenn aber der Eindruck entsteht, daß den Gewerkschaftspolitikern die Taube auf dem Dach lieber ist als der Spatz in der Hand, wenn man von der 40-Stundenwoche und dem Aktionsprogramm redet, aber nicht einmal lohnpolitisch durchsetzt, was die Voraussetzungen herangereift sind, wenn zwischen Agitation und Praxis ein Abgrund klafft, dann ist die Wirkung demoralisierend und zersetzend.

Hamburg, Kassel sowie die anderen Streiks in Lüneburg, Uelzen, Nordenham usw. zeigen an, daß in der westdeutschen Arbeiterschaft Bewegung entsteht, daß Bereitschaft zum Kampf für eine bessere Lebenshaltung vorhanden ist. Die Hochkonjunktur ist gewerkschaftlichen Kämpfen günstig und die Arbeiter fühlen richtig, daß man jetzt herausholen muß, was herauszuholen ist. Das deutsche Wirtschaftswunder wird nicht ewig währen. Schon kündigen gewisse Anzeichen wie die Diskonterhöhungen eine Sättigung an, wie sie Vorläufer der Krisen zu sein pflegt. Es ist von höchster Bedeutung für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, ob sie im Vollgefühl gewerkschaftlicher Kampferfolge in einen Konjunkturreinbruch tritt oder schon aufgespalten in sich befindende Organisierte und Unorganisierte, mahnende Boten einer unseligen Zerklüftung wie 1930 bis 1933. Das Verhalten der IG Metall in den Hamburger und Kasseler spontanen Streiks stößt kampfbereite Unorganisierte von den Gewerkschaften ab, statt sie ihnen zuzuführen, reißt eine Kluft auf, die es zu überbrücken gilt. Hier ist die große Gefahr. Sie können, heißt in den Gewerkschaften für eine Politik des Klassenkampfes statt der Kapitulation im Namen des sozialen Friedens wirken.

... Doch solche Gerede über Gefahren lenkt von Vorgängen und Personen ab, die unser Staatschiff in den Tiefen des autoritären Obristenstaates steuern wollen. Das wurde noch nie so deutlich wie in diesen Tagen, als die folgenden Nachrichten an die Öffentlichkeit drangen: In München existiert eine „Abendkündische Akademie“. Sie verfolgt die Ziele der „Abendkündischen Aktion“. Diese Ziele sind: 1. Abschaffung des modernen Parteienstaates; 2. Abschaffung der jetzigen parlamentarischen Demokratie; 3. keine Verantwortlichkeit der Regierung vor der Volksvertretung, sondern nur noch Verantwortung vor Gott; 4. Abschaffung der Gewaltenteilung in richterliche, gesetzgebende und ausübende Gewalt; 5. Ablösung der demokratischen Republik durch ein Gemisch aus autoritär-monarchistischen, hereditären und kirchlichen Staatsformen, ähnlich wie in Portugal und Spanien; 6. Errichtung einer internationalen Reichsordnung im Sinne einer „föderativen, christlich-missionären Monarchie“... Das Lächeln vergeht jedem, der erfährt, wer alles in Vorstand, Leitung oder Kuratorium dieser „Abendkündischen Akademie“ sitzt: Bundesminister von Brantano, Bundesvertriebsminister Oberlander, Bundesfamilienminister Waarmeling, Niedersächsischer Ministerpräsident Hellwege, Vizepräsident des Bundesgerichtes Dr. Jäger, Präsident des Verfassungsgerichtshofes von Rheinland-Pfalz, Dr. Süsterhenn, ferner die Bundesstabsabgeordneten von Markatz, von Mantuffel und Dr. Pöndorf. Man sollte sich einmal überlegen, was die Mitgliedschaft so prominenter Regierungsvertreter und Parlamentarier in einem Verein bedeutet, der sich die Aufhebung wesentlicher, in der Verfassung verbriefter Grundrechte zum Ziel gesetzt hat. Es bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß Gegner des Grundgesetzes und der parlamentarischen Demokratie mitten in den Institutionen einer demokratischen Verfassung sitzen und wackerlich hoffen, mit Hilfe einer Parlamentarierkammer die Republik langsam aber sicher in einen autoritären Obristenstaat umzuwandeln zu können...“ („Rhein-Ruhr-Zeitung“, 12. August 1953).

## Der Hamburger Werftarbeiterstreik

Auf der Howaldts- und Stülkenwerft in Hamburg wird ohne Unterstützung der Gewerkschaft für eine Teuerungszulage von 20 Pfg. die Stunde, 40 DM für die Angestellten und 20 DM im Monat für die Lehrlinge bis zum Abschluß eines neuen Tarifs gestreikt. Wie ist es dazu gekommen?

Die Aktion ging aus von der Howaldtswerft. Die Brenner, Nieter und Schweißer hatten durch Unterschriftenlisten von der Direktion der Werft eine Teuerungszulage gefordert. Die Antwort der Direktion sollte bis Freitag, dem 18. August, vorliegen. Die Direktion der Howaldtswerft lehnte die Forderung ab.

Am Montag, dem 22. August, traten morgens die Brenner und Schweißer zu Branchenversammlungen zusammen, wo beschlossen wurde, für die Dauer von vier Wochen Überstunden abzulehnen. Die Schweißer beschlossen außerdem eine Demonstration zum Direktionsgebäude. Die Forderung auf Teuerungszulage wurde von den Kollegen, angeführt von einem Betriebsratsmitglied, nochmals der Direktion vorgetragen. Als die Verhandlungskommission das negative Ergebnis den Kollegen mitgeteilt hatte, wurde spontan beschlossen, vor dem Direktionsgebäude sitzen zu bleiben. Später zogen die Kollegen durch den Betrieb, um die anderen Werke und Branchen aufzufordern, sich dem Streik anzuschließen. Auf der Betriebsversammlung am Dienstagmorgen wurde beschlossen, die Arbeit erst wieder aufzunehmen, wenn die Forderungen erfüllt sind.

Am Dienstag ruhte die Arbeit bei Howaldt vollständig. Die Streiktage verliefen so: Die Kollegen kamen morgens zu Schichtbeginn auf die Werft, zogen sich um, arbeiteten keine. Auf den Betriebsversammlungen am Morgen wurde dann jeden Tag wieder über Abbruch oder Weiterführung des Streiks abgestimmt. Ueber Tag saßen die Kollegen auf der Werft herum, spielten Skat oder Mühle, badeten und gingen am Schichtende nach Hause. Delegationen versuchten mit anderen Werften (Deutsche Werft, Stülken, Norderwerft) in Verbindung zu kommen, um die Kollegen ebenfalls für den Streik zu gewinnen.

Am Mittwoch versuchten Vizen Dock III zu fluten. Als das bekannt wurde, stürmten Hunderte von Werftarbeitern ins Dock und verhinderten so die Flutung des Docks. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag gelang es mit Hilfe von Wasserpolizei, Meistern und Ingenieuren Dock V zu fluten und den dort liegenden Dampfer herauszuziehen. Die Stalage blieb liegen, wie sie fiel. Die Namen der Beteiligten wurde von der Streikleitung den Kollegen bekanntgegeben. Am Mittwoch nachmittags forderte man die Angestellten zur Arbeitsniederlegung auf und garantierte ihnen, daß die Arbeiter ihre Forderung unterstützen würden.

Der Betriebsrat der Howaldtswerft verhielt sich mit einer Ausnahme passiv. Die Stülkenwerft legte am Donnerstag die Arbeit nieder. Auf der Deutschen Werft (die größte Hamburgs) gelang es Gewerkschaftsfunktionären, die einer Arbeitsniederlegung günstige Stimmung zu überwinden. Auf der Norderwerft wurde, nach anfänglichen Unruhen, nur beschlossen, Überstunden abzulehnen.

Am Donnerstagsnachmittag (25. August) versuchte der Bevollmächtigte der IG Metall Deibicht zu den Kollegen der Howaldtswerft zu sprechen. Nachdem Deibicht es erst abgelehnt hatte, von der Bühne vor dem Betriebsratsbüro zu sprechen (er ist es nur nach persönlichem Versprechen der Streikleitung, daß ihm kein Haer gekrümmt werde), verteidigte er die ablehnende Haltung der Gewerkschaft. Deibicht wies auf die Tarifverhandlungen hin, die durch den Streik drei Wochen vorverlegt wurden. Man dürfe den Lohnverhandlungen nicht vorgreifen. Die Kollegen zeigen einen Betriebsgeist. Dorehin wurde vom Sprecher der Streikleitung, Bartluth, mitgeteilt, die Kollegen wollten nur eine Teuerungszulage bis zum Tarifabschluß und Bezahlung der Streiktage. Kollege Petersen (Mitglied der Streikleitung) fragt warum Deibicht als Mitglied des Aufsichtsrates der Werft, diesen nicht zusammenrufen und

beschließen lasse, die Forderungen anzuerkennen. Unter großen Tumult verlassen die Gewerkschaftsfunktionäre die Bühne, ohne nochmals das Wort zu ergreifen. Bei der Abstimmung über die Fortführung oder Beendigung des Streiks, an der sich zum erstenmal auch die Angestellten beteiligten, finden sich keine 50 Stimmen für den Streikabbruch.

Am Donnerstagabend erfolgt die Aussperrung durch die Unternehmer. Ueber das Radio wurde die Entlassung durch Direktor Schaecker bekanntgegeben. Freitagmorgen versammelten sich die Streikenden, da kein Dampfer und keine Fähre die Station Kowaldt anläuft, am Uhlhorn der Landungsbrücken. Nach kurzer Ansprache der Streikleitung setzten sich die Kollegen in Richtung St. Pauli, Markthallen, in Marsch. Dort wurde die Auszahlung des Lohnes der 34. Lohnwoche vorgenommen. Auf dem Marsch dorthin kam es zu einem kleinen Zwischenfall, als die Polizei versuchte, die Streikleitung zu verhaften. Die Kollegen scharten sich um ihre Leitung und schützten sie so vor dem Zugriff der Polizei. Die Kollegen hielten Disziplin. Nachdem die Auszahlung beendet war, bedankte sich die Polizei für die Ruhe und Ordnung, die die Kollegen gezeigt hatten.

Am Sonnabend, dem 27. August, fand in Hamburg-Altona eine Kundgebung der Streikenden statt, wo sich etwa 4000 Kollegen einfanden. Es sprachen Mitglieder der Streikleitung. Kollege Bartum begründete nochmals die Forderung, nannte die Aussperrung einen großen Bluff. Die Unternehmer brauchen uns. Wer schafft denn die Werte? Der Streik sei spontan entstanden, weil die Unternehmer knauserig waren. So wie wir das machen, ist's richtig. Der Streik wird bis zum Sieg weitergeführt. Es wurde ein Flugblatt und Sammlungen in den Wohngebieten beschlossen.

### So weit die Vorgänge.

Was veranlaßte die Kollegen den Streik gegen Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie zu führen? Durch die Weigerung der Unternehmer, die Teuerungszulage zu gewähren, ist der Streik spontan entstanden. Es hatte sich bei den Kollegen viel Groll angesammelt. Den üblichen Vorwurf hat man bei Howaldt in diesem Jahr auch abgelehnt. Hinzu kommen die Teuerungen, die Miet-, Gas-, Wasser-, Milchpreiserhöhungen. Die Konjunktur, der Bedarf an Facharbeitern. Keine Einzelfälle sind die Abwerbungen durch andere Werften. Immer wieder konnte man hören: „Die brauchen uns. Sollen sie uns doch die Papiere geben, wir kriegen gleich wieder Arbeit.“ Ein nicht weniger wichtiger Punkt sind die durch den letzten Tarif von September 1954 eingeführten drei neuen Lohngruppen. Durch die verschiedenen Einstufungen gab es viel Aufregung. Bei den Brennern sind Kollegen von Gruppe 2 bis 5 eingestuft.

Die Gewerkschaftsbürokratie lehnte den Streik von vornherein als „wild“ ab. Die Funktionäre aus dem Gewerkschaftsbau forderten die Kollegen mit dem Argument, sie „stören“ die Tarifverhandlungen, auf die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Howaldtarbeiter weigerten sich aber entschieden, ohne 20 Pfg. Zulage und Bezahlung der gestreikten Arbeitstage wären sie nicht bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Für die Kollegen war es keine Garantie, daß die Gewerkschaften und Unternehmer über die Vorverlegung der Verhandlungen sprachen.

Die ersten Verhandlungen haben auch bereits stattgefunden. Man traute der Gewerkschaftsbürokratie und den Unternehmern nicht: 20 Pfg., erst keinen Handschlag! Die Zahl der Organisierten auf Howaldt beträgt 27% auf der Deutschen Werft 37%. Der Streik wird auch in der Hauptsache von den Unorganisierten getragen. Die Organisierten halten zwar die Forderung für berechtigt, mißbilligen die Haltung der Brenner, haben sich nicht viel Vertrauen. Sie hatten sich aber zurück. Die Gewerkschaftsbürokratie hofft, über den vorzeitigen Abschluß des Lohnvertrags den Weg aus dem Streik herauszufinden. Sie begriff gar nicht, was sich vor ihren Augen abspielte. Sie lief hinterher. In ihren reformistischen Gedanken glaubte es nicht hinein, daß die Arbeiter drei Wochen vor den Verhandlungen Teuerungszulage verlangten. Statt dessen

Kampf der Arbeiter in den Verhandlungen mit den Unternehmern als Druckmittel einzusetzen, versuchten sie die Aktien und Stimmrechte der Arbeiter auf den Werften zu bremsen und bildeten so praktisch eine Einheitsfront mit den Unternehmern gegen die Arbeiter.

Manchem mag es langsam dämmern, daß hier die große Gefahr heraufzieht, daß viele Kollegen sich von den Gewerkschaften abwenden. Fliegen doch jetzt schon die Bücher in die Ecke. Und unter den Kollegen konnte man hören: „Man müßte die Bücher in die Ecke schleifen und einen eigenen Lagen gründen“. Diese Stimmung sollten die klassenbewußten Arbeiter und die Leitung der IG Metall nicht übersehen. Zwar hat die Streikleitung die Parole: „Hinein in die Gewerkschaften und raus mit den Weihnachtsmännern!“ herausgegeben, dies muß aber auch in die Tat umgesetzt werden. Trotz der miserablen Politik der Gewerkschaften, darf der Stimmung der Kollegen, die Bücher hinzuschleifen, nicht nachgegeben werden. Durch die Haltung der Gewerkschaften wird es den Unternehmern sehr leicht gemacht, ganz einfach zu erklären, daß sie unter Druck nicht verhandeln werden. Die Stärke der Unternehmer darf aber keineswegs unterschätzt werden.

(Bei Abfassung dieses Berichtes dauerte der Streik noch an.)

## Rebellantenliedchen

Es geht eine Trommel rumdibum,  
Rumdibum:  
Die Vielen sind dumm,  
Die Vielen sind stumm,  
Sie tun nur einsieren,  
Und immer attackieren,  
Kriechen  
Auf Befehl.  
Rumdibum.  
Warum?

Es geht eine Trommel rataplan,  
Rataplan:  
Die Vielen träumen noch einen Wahn,  
Die Vielen schlafen noch einen Schlaf;  
Dumm und brav,  
Dumm und brav. —

Es geht eine Trommel rumdibum,  
Rumdibum:  
Die Zeit des Schlafens ist noch nicht um,  
Die Zeit des Schlafens dauert noch lang —  
Schwer und bang,  
Schwer und bang. —

Es geht eine Trommel rataplan,  
Sie hören die Trommel,  
Sie gehen an.  
Rumdibum,  
Rataplan.  
Spannt den Hahn!  
Drauf und drant!  
Drüben aber sind Brüder!

Es geht eine Trommel rumdibum,  
Rumdibum:  
Flühen herum!  
Flühen herum!  
Wir woll'n nicht mehr marschieren,  
Nicht länger fürstieren,  
Davieren woll'n wir nicht.  
Prekatum,  
Rumdibum.

F. C. Weiskopf

## 08/15 — II. Teil

08/15 bedruckte tief. Die drastischen Szenen aus der Kasernenbarbarei schloßen ein, der Film lief gerade an, als die antimilitaristische Stimmung einen Höhepunkt zusteuerte. Etwa zu gleicher Zeit gezeigter Glorifizierungsmist wie „Morgengrauen“ füllte die Kinos kaum zur Hälfte und verschwand rasch vom Programm, 08/15 wurde monatlich in ausverkauften Häusern gezeigt. Eine solche Visitenkarte des Unteroffiziers hatte man in Deutschland noch nie zu sehen bekommen. Der Gegensatz von Rekrut und Schleifer, gesehen mit Rekrutenaugen, war der künstlerische Kraftquell von 08/15.

Der II. Teil ist ein wässriger Abklatsch, der sowohl den finanziellen Erfolg der Erstausgabe ausschalten wie den Bedürfnissen Herrn Eilands entgegenkommen soll. Der Kasernenhof ist dem russischen Frontwüter gewichen, statt dem Schleifer tritt der Offizier in den Vordergrund. Aber der sich so ganz zwangsläufig ergebende Gegensatz zwischen Offizier und Mannschaft wird nicht wie in 08/15 dramatisch entfaltet, sondern in eine verlogene Posse verwandelt. Der angesprangerte Offizier ist eine Schießbudenfigur aus irgend einer höheren Kommandostelle, der mal so gelegentlich an die Front rutscht und in seiner trottelhaften Wehrtüerei von Frontoffizier wie Landser halb verolkt, halb bemitleidet wird. Sollen das die Herren gewesen sein, die Millionen deutscher Soldaten von Stalingrad bis Berlin verrecken oder am nächsten Baum aufknüpfen ließen?

In einem ungemütlichen, von keinem Standgericht oder einer wirklichen Schlacht verunzierten Dahindösen wird der Krieg zu einer seiner Schrecken total entblößten Angelegenheit, die mit kräftigen Flächen und derber Erotik gewürzt ist. Kein Wunder, daß Schleifer Platzek eine kommerzielle Läuterung durchgemacht und sich in einen ebenso harmlosen wie sanftlebigen Schieber verwandelt hat, der mit Schnaps und Zigaretten rumschneißt. Selbst das scharfe Auge der Geheimen Feldpolizei gehört einem Widerstandskämpfer, der einer Spionin erliegende Oberleutnant wird väterlich gerüffelt, sonst nicht weiter behelligt. Kurz: an der Front ist alles in Butter.

Damit dieser Schleim auch geschluckt wird, heufmeiert alles, was da herumfließt, mehr oder minder unmotiviert über den Krieg. Würde der Film auch nur den Versuch machen, darzustellen, wie die Soldaten für eine verbrecherische Sache in einen sinnlosen Tod gejagt werden, hätte der Widerwille gegen den Krieg Farbe und Glaubwürdigkeit gewonnen, ganz so wie das Bild des Kasernenhofes in 08/15 wahrhaftig die Stimmung anfeuerte und festigte. So aber sind die kriegsgegnerischen Äußerungen von außen hereingetragen, sie entstehen nicht aus der Handlung selbst und wirken kühl, sind propagandistischer Zusatz, nicht natürlich aus dem Dargestellten erwachsen. Symbolisch für die innere Verlogenheit dieses II. Teils ist der Tod Vierbeins. Er stirbt nicht, wie Millionen anderer Soldaten fielen, als Opfer einer kalten und grausamen Miltärrmaschine, die den Helden Tod massenweise erzwingt, sondern durch die Trottelhaftigkeit und Feigheit der Schießbudenfigur aus dem allpreußischen Baritätenkabinett. Bisher war der Soldatenschwank, diese billigste und blödeste Sorte der Verherrlichung des Kommissdaseins, auf Kasernenhofepisoden beschränkt. Der Krieg war eine zu ernste und heilige Sache, als daß man wagte, auf solchem Hintergrunde geruchacklose Witze zu reißen. 08/15, II. Teil, tut dies, wenn auch mit der Neuerung, daß ein Offizier das Rindvieh ist.

Es gibt andere Filme, die unendlich stärker und wirkheitsnäher jene Frontatmosphäre herausbeschwören, die der Generation im mittleren Mannesalter nur in allen guter Erinnerung ist. „Entscheidung im Morgengrauen“ mag man politisch beurteilen, wie man will, aber man hat förmlich jenen bestimmten Gestank von versagtem Holz und fäulendem Menschenfleisch in der Nase, der einem im Kampfgebiet den Atem verschlingt. Die Szene des Staudengerichtes ist unübertraffen. Selbst ein gutgemeinter Versuch wie „Der Hauptmann und sein Held“, der an Schwächlichkeit der künstlerischen Mittel leidet, steht nochurch über der Blasenranne, den Gurgeln von roten gefüllten Schweißbechern von 08/15, II. Teil. Es ist kein Abschlacht auf den Tragödie des großen Abschlachtens der deutschen Jugend, sondern eine die Wahrheit sorgsam umschleichende Bildsprache von Traub und Käthe, wie sie den an einer Lahnung der Wehrleidenschaft Interessierten jetzt in den News 1933.

Die Wahrheit über die Filmverkäufe steht so aus: Nach einer Erklärung Dr. Amiel hätte trotz jeden Wagens um 100 RM Hülfen versprochen oder die Löhne um 2% erhöht und hanner auch 20% Dividende ausschütten können. Aber das wurde nicht getan. Der Preis des „08/15-Kapitels“ ist um 400 RM erhöht worden.

# Weltpolitische Übersicht

An Stells der Versöhnungsreden auf der Genfer Konferenz und der ersten Reden der Stunsmänner danach treten wieder die alten Töne des kalten Krieges. Eisenhower hat zur Unterstützung Adenauers in Moskau wieder mit der Politik der Stärke gedroht. In Philadelphia hat er am 24. August erklärt:

„Für uns kann es keinen echten Frieden geben, wenn er auf die Akzeptierung des Status quo hinausläuft. Das Verlangen, einen Krieg zu verhindern — wenn wir an nichts weiter als nur an diesen einzigen Wunsch denken —, kann ausdrückliche oder indirekte Abkommen zur Folge haben, die das Unrecht und die Uebel der Gegenwart in der Zukunft verewigen würden. Wir dürfen an solchen falschen Abkommen nicht teilnehmen. Wir würden dadurch gegen unser Gewissen verstoßen. In den Augen derer, die Unrecht erleiden, würden wir die Komplizen ihrer Unterdrücker werden.“

Der Präsident richtete außerdem einen Appell an die Sowjetunion. Ihre „weltumspannende Untergrundstätigkeit“ einzustellen, wenn sie die Friedenshoffnungen erhalten wolle, die in Genf geweckt wurden. „Eine internationale politische Organisation, die innerhalb der Grenzen souveräner Staaten auf deren politische und ideologische Unterdrückung hinarbeite, kann nicht als eine kulturelle Bewegung anerkannt werden.“

Eden haut in dieselbe Kerbe. Für die Oktoberkonferenz der Außenminister in Genf arbeiten die drei Westmächte einen Vorschlag aus, der der SU vorgelegt werden soll und von ihr die Aufgabe der Ostzone gegen Garantieverprechen der USA, Englands und Frankreichs verlangt. Wohl nach dem Muster der Garantie für die Tschechoslowakei? Also Festhalten an der Absicht, die SU aus der Ostzone und den Einflußgebieten in den europäischen Volksdemokratien zu verdrängen. Das ist die Antwort der Westmächte auf die Absicht der SU, die DDR als „selbständigen Staat mit eigenem wirtschaftlichen und politischen Regime“ aufrecht zu erhalten und zum gleichberechtigten Partner der Bundesrepublik ins diplomatische Spiel einzuschalten. Solange diese gegensätzlichen Standpunkte aufrecht erhalten werden, gibt es keinen Waffenstillstand im kalten Krieg.

Das Gerede von der selbständigen Staatlichkeit der beiden Teile Deutschlands ist Propaganda auf beiden Seiten. Der Unterschied zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist nur dieser, in der Bundesrepublik ist die herrschende Kapitalistenklasse unterstützt vom sich passiv verhaltenden Teil der Werktätigen in Übereinstimmung mit der Politik der kapitalistischen Westmächte. In der DDR ist der Träger der sozialistischen Wirtschaftsgrundlage die Besatzungsmacht der SU, die sich die Ostzone politisch und wirtschaftlich ihrem politischen und wirtschaftlichen Machtbereich angegliedert hat, wie die Westmächte die Bundesrepublik. Aber in der DDR sind weder die Werktätigen in ihrer Mehrheit noch die Ueberreste des entmachteten Bürgertums mit dem Sowjetregime einverstanden. Deshalb können die Westmächte und die Adenauerpolitiker sich als Befreier aufspielen und fingen Unterstützung in der Ostzonenbevölkerung. Umgekehrt nicht.

Was kann unter diesen Umständen bei der Reise Adenauers nach Moskau herausbringen? In der Frage einer Annäherung, der Wiedervereinigung — nichts positives. Eine Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Bonn, wenn sie zustande kommt, ändert daran nichts. Können gegenseitige diplomatische Beziehungen zustande, so wäre dies ein diplomatischer Erfolg des Kremis, eine Legalisierung der Vertagung der Wiedervereinigung. Käme dazu eine Ausweitung der Handelsbeziehungen der Bundesrepublik mit dem Ostblock — wofür Bereitschaft in kapitalistischen Kreisen der Bundesrepublik vorhanden ist, wäre dies ein weiterer Erfolg der Sowjetdiplomatie. Aber der Drang zu Handelsbeziehungen der Bundesrepublik mit dem Ostblock ist hauptsächlich nach zerbrochen. Die westdeutsche Industrie hat z. B. keine Auftraggeber. Sie konkurriert vergeblich mit England, Frankreich und eine Teil sogar mit den USA. Der Drang zum Ostblockhandel wird erst im Anzug einer Stockung oder Krise auch für die Kapitalistenklasse der

Bundesrepublik stärker werden. Augenblicklich ist der Drang zu profitablen Handelsbeziehungen mit dem Ostblock in England, Frankreich und Japan am stärksten.

Der Welthandel im kapitalistischen Sektor hat sich 1945 ungefähr auf die Höhe des Vorkriegsniveaus gehoben. Aber die Produktionskapazität ist viel stärker gewachsen. Hier liegt der Keim zur Stockung und Krise. In Amerika hat Eisenhower seinerzeit eine 15%ige Senkung innerhalb dreier Jahre angekündigt — 3% pro Jahr. Jedoch sind im Vorjahr die Einfuhrzölle auf Waren und jetzt die Einfuhrzölle auf Fahrräder um 50% erhöht worden. Trotz Hochkonjunktur. Diese ökonomischen Verhältnisse wirken gegen die wieder angewandten Drohreden. Weder England noch Frankreich sind bereit, auf die deutsche Wiedervereinigung und die „Befreiung der versklavten Ostvölker“ zu sterben.

Die Franzosen sterben jetzt für die Aufrechterhaltung ihrer Kolonialherrschaft und -Wirtschaft in Nordafrika. Damit werden sie noch eine ganze Weile beschäftigt sein. Von den vier französischen NATO-Divisionen sind bereits starke Teile aus Europa abgezogen und nach Algerien, Marokko und Tunis verlegt worden. Die NATO-Chefs protestieren bereits gegen diese Schwächung der NATO-Streitkräfte. Die französische Regierung beruft 60 000 Reservisten ein und schafft das Expeditionsheer aus Vietnam nach Nordafrika. Hunderte Vietnamsoldaten, meist Fremdenlegionäre, fliehen bei jeder Gelegenheit, besonders während der Durchfahrt durch den Suezkanal. Von den von Eisenhower gerühmten 180 NATO-Divisionen, die mit USA-Hilfe und -Druck angeblich geschaffen worden sind — stehen nicht nur 7 mangelbehaftete französische nur auf dem Papier. Auch die bestehenden jugoslawischen Divisionen dürften kaum einen amerikanisch-britischen Befreiungskrieg für „13 Millionen Ostdeutsche und Millionen Tschechen, Polen, Ungarn, Bulgaren und Rumänen“ mitzumachen bereit sein. Wenn wir die Drohreden Eisenhowers und Edens mit den harten Tatsachen vergleichen, verlieren sie etwas von ihren Schrecken.

Frankreich ist das schwächste Glied in der Kette der imperialistischen Mächte. Die Politik der französischen Regierungen der 4. Republik hat Algerien und Marokko in den nationalen Aufstand gegen die französische Kolonialherrschaft getrieben. Das kann und wird wahrscheinlich Frankreich in Nordafrika in einen Kolonialkrieg treiben, der den indonesischen an Tragweite übertrifft. Wir haben in der ARPD wiederholt auf die Zuspitzung der Konflikte hingewiesen. Paul Johnson schreibt im „New Statesman“ vom 27. August:

„Die Gewaltakte des Mobs in Marokko sind die direkte Konsequenz der Feigheit, Verfaultheit und verbrecherischen Verdrücktheit der französischen Regierungen.“

Die Zuspitzung der Spannungen in Marokko, des sozial rückständigsten Gebietes der nordafrikanischen Kolonien Frankreichs, wurde durch die Absetzung des Sultans Ben Jussef am 20. August 1953 ausgelöst. In Marokko sind die Klassenverhältnisse noch unentwickelt. Die Oberschicht besteht aus arabischen Großgrundbesitzern und Feudalherren, die bereit sind, die Ausbeutung ihres Volkes mit den französischen Kolonialisten gemeinsam zu betreiben. Sie verlangen nur einen entsprechenden Anteil an der Beute. In den Phosphatgruben und Bergwerken hat sich seit 1912 ein unqualifiziertes Proletariat herausgebildet. Dazwischen existiert ein arabisches und hindisches Kleinhandeltum und eine in französischen Schulen ausgebildete Intelligenz, die aus den Söhnen der Feudalherren und des oberen Kleinbürgertums stammt.

Diese Intelligenz, die auf französischen Universitäten französische Geschichte und kapitalistische Technik kennen gelernt hat, bildet den Kern eines arabischen Nationalismus, für den in der breiten Masse noch die Bewusstseinsarbeit in den Bergen leben noch die vom Moloch kapitalismus befreiten Bevölkerung zum Teil sind. Auch Nomaden, die ihren Vieh-Trieb mitunter zum überalterlichen Euse anbesuchen in Oasen, Grasen und Sommerweiden mit kolonialen Arabern und Versteigerungen. Die Industrialisierung und Südtranzivahung hat viele Arbeiter in die Bergwerke und Städte gezogen und sie mit dem arabischen Proletariat vermischt.